



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Kanzlerkrise und die Freisingen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

gehen. Es wäre ein Kunststück gewesen, wie wenn man eine Kette aus Triebjand oder windgejagten Wolken zu schmieden versuchen wollte. Bismarcks Prophezeiung ist vollständig eingetroffen, dreiundzwanzig Ministerien in achtzehn Jahren haben die Diplomatie der Republik zum Gelächter der Welt gemacht.



## Die Kanzlerkrisis und die Freisinnigen.



er Herensabbat, welchen die fortschrittliche Presse seit dem November v. J. aufführt und welcher seit der Thronbesteigung des Kaisers Friedrich in eine Walpurgisorgie ausgeartet ist, gehört nicht dem Griffel des Geschichtschreibers an, sondern der Geißel des Satirikers. Freilich erst für die Zukunft, denn die Gegenwart macht es aus leicht begreiflichen Gründen schwer, diese Geißel zu schwingen. Es ist etwas ganz Unerhörtes, daß eine Partei einen Regenten als den ihrigen in Anspruch nimmt. Muß es mit Recht getadelt werden, wenn eine Partei — wie seiner Zeit in Preußen die altkonservative — die Königstreue für sich allein in Anspruch nimmt und dies damit begründet, daß sie den König in allen politischen Dingen unterstütze, es ist doch immerhin eine vornehmere und edlere Gesinnung, als wenn eine Partei sich vermißt, den eben zur Regierung gelangten Herrscher als ihren Parteigenossen mit Beschlag zu belegen. Noch verwerflicher ist es, wenn dies in der ebenso cynischen und geschmacklosen Weise geschieht, mit welcher Herr Eugen Richter in der Freisinnigen Zeitung, Herr Landgerichtsdirektor Lessing in der Vossischen, Herr Rudolf Mosse im Berliner Tageblatt und die anonyme Demokratie der Achtundvierziger in der Volkszeitung das neue Herrscherpaar mit ihren eignen Gesinnungen zu identifizieren suchen und den Thron umwedeln. Es ist unmöglich und widerspricht sowohl der angeborenen Ehrfurcht vor dem Monarchen und seiner erlauchten Gattin wie dem guten Geschmack, hier die Einzelheiten in der erforderlichen Form vorzutragen, aber die Zeit wird kommen, in welcher den fortschrittlichen Agitatoren ihre königstreue Maske heruntergerissen werden soll von Leuten, welche die Königstreue im Herzen und nicht auf der Zunge tragen.

Bisher bestand die fortschrittliche Spiegelsechtereie darin, aus mehr oder minder verbürgten Äußerungen und Anekdoten aus dem Vorleben des Herrscherpaars einen Gegensatz aufzustellen zwischen der Politik des Kaisers Friedrich und dem Reichskanzler. Schon die Thatsache, daß der neue Monarch den bewährten Diener seines erlauchten Vaters auch in seinem Dienste behielt, hätte den Herren eine gewisse Mäßigung und den erforderlichen Takt auferlegen

müssen. Auch die erste feierliche Erklärung, wie sie in dem Handschreiben des Kaisers an den Reichskanzler enthalten war, mußte doch auch den Verblendeten zeigen, daß kein Parteiregiment in Aussicht stand und daß die äußere wie die innere Politik die bisherigen Bahnen einschlagen soll. Nichts ist bisher geschehen, was einer Partei im Reiche auch nur ein Titelchen Recht einräumte, das neue Regiment als im Parteisinne geübt zu bezeichnen. Sind doch die bisherigen Leiter im Reiche wie in Preußen unverändert dieselben geblieben; ja man kann sogar annehmen, daß die ungeschickten und geschmacklosen Angriffe der fortschrittlichen Zeitungen auf einzelne Glieder des Ministeriums den neuen Regenten geradezu verhindern — wenn er es überhaupt wollte —, eine Änderung vorzunehmen, die wie Nachgeben gegen einen Druck erscheinen müßte. Aber die Ungeduld steigerte sich; die huldvollen Bezeugungen kaiserlicher Gnade, deren sich der Reichskanzler zu erfreuen hatte, ließen erkennen, daß Fürst Bismarck auch bei Kaiser Friedrich dieselbe Gunst genießt, deren er sich bei Kaiser Wilhelm zu erfreuen hatte. Es mußte also ein andrer Anlaß herbeigeholt werden, um einen Gegensatz zwischen Kaiser und Kanzler zu schaffen und so zu schärfen, daß der Kanzler beseitigt würde. Das „Fort mit Bismarck!“ welches früher nicht verwirklicht werden konnte, sollte endlich zu einem Ziele führen, mochte auch die Leiche des alten Kaisers im Mausoleum zu Charlottenburg kaum kalt geworden sein.

Der Anlaß, alle Hebel einzusetzen, um den Kanzler aus seinem Amte zu treiben, hat sich nach den Zeitungsnachrichten geboten. Es handelt sich um den Plan, eine Tochter des preußischen Königshauses mit dem vertriebenen Fürsten von Bulgarien, dem Prinzen Alexander von Battenberg, zu vermählen. Wie die Zeitungen mitteilen, sollte sich dieses Projekt in der Weise verwirklichen, daß der Prinz durch einen hohen Orden ausgezeichnet und an die Spitze eines preußischen Armeekorps gestellt werden sollte. Der Reichskanzler hat gegen diesen Plan und diese Absicht Einspruch erhoben, diesen Einspruch in einer langen Denkschrift begründet, und im Falle die kaiserliche Entschließung zu Gunsten des Prinzen Alexander ausfallen sollte, um seine Entlassung gebeten.

Ein Mitglied eines regierenden Hauses, insbesondere der mit dem deutschen Kaisertum unauflöslich verbundenen preußischen Königsfamilie, hat nicht die Stellung einer einfachen Privatperson. Die Zugehörigkeit zu dem erlauchten Königshause hebt das Mitglied zu einer besondern Stellung empor; seine Handlungen und Unterlassungen, bedingt durch die Genehmigung des königlichen Oberhauptes, haben auch unbeabsichtigt einen unwiderruflichen und unzerstörbaren politischen Charakter. Die Heirat einer preußischen Prinzessin ist kein bloßer Familienakt; bei ihr muß der Leiter der Politik mitreden und seine durch die politische Verantwortlichkeit für die Handlungen des Monarchen gegebene Meinung äußern. Der Reichskanzler hat als Minister hierzu nicht bloß das Recht, sondern vor allem die Pflicht; und er sagt, vom Standpunkte der Politik

des Reiches und Preußens diese Heirat widerraten zu müssen und erklärt, falls sein Rat nicht durchdringe, die Verantwortlichkeit für die Leitung der politischen Angelegenheiten nicht weiter tragen zu können.

Man sollte meinen, daß ein Minister gar nicht konstitutioneller handeln könne, und die Fortschrittspartei, welche den Konstitutionalismus in Pacht genommen hat, geradezu befriedigt sein müsse, daß Fürst Bismarck so korrekt handelt.

Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Die eingangs erwähnten Zeitungen scheuen sich nicht, das Vorgehen des Reichskanzlers als eine Vergewaltigung des kaiserlichen Willens zu bezeichnen, als einen Ausfluß des Hausmeiertums, nach welchem die Herrschsucht des Kanzlers den Monarchen gänzlich in den Schatten stellt. In dem Tone der Gardinenpredigt einer reisenden Frau stellt die Freisinnige Zeitung alle Gründe zusammen, welche das Verhalten des Fürsten Bismarck als ein anmaßendes und ehrfurchtverletzendes erscheinen lassen sollen. Im wesentlichen heißt es, daß die Heirat einer Fürstentochter ein reiner Privatakt sei, daß in unsrer Zeit fürstliche Ehen keinen Einfluß auf die Geschicke der Staaten üben, und daß diese nach den Bedürfnissen der Völker und nicht nach den Interessen der Dynastien geleitet würden. Man verhöhnt den Kanzler, daß sein Widerspruch ein „Wettkriechen“ vor dem Zaren sei, und spöttelt über das in schwerer und ernster Stunde ausgesprochene Wort, daß wir Deutschen außer Gott niemand fürchteten.

Wäre die Absicht der Freisinnigen Zeitung nicht so verflucht gescheit, man wäre versucht, ihre Gründe herzlich dumm zu nennen.

Es ist schon an andrer Stelle auf das Vermächtnis Kaiser Wilhelms hingewiesen worden, der noch auf seinem Sterbebette gebeten hat, die Empfindlichkeit des Kaisers von Rußland zu schonen. Man mag den Unwillen des letztern gegen den ehemaligen Bulgarenfürsten für begründet oder unbegründet halten, er ist eine vorhandene Thatsache von großer Bedeutung, und in der Politik hat man mit Thatsachen zu rechnen. Kaiser Alexander haßt den Battenberger, er fühlt sich von ihm persönlich gekränkt, und es ist bekannt, daß er ihn eigenhändig aus den Listen der russischen Armee gestrichen hat. Die Auszeichnung, welche dem Prinzen durch die Heirat mit einer preussischen Königstochter und durch die Berufung an die Spitze eines Armeekorps gewährt werden würde, wäre ein Schlag gegen die Empfindlichkeit des russischen Kaisers. Das darf man sich nicht verhehlen, das ist einmal so; es wäre aber auch ein Schlag gegen die öffentliche Meinung des russischen Volkes, welches daran gewöhnt worden ist, den Czaren von Bulgarien als einen Undankbaren, einen Rebellen und Feind Rußlands anzusehen. Dem Zaren wird nachgesagt, daß er keinen Krieg wolle, und dies soll seine Wichtigkeit haben. Bekannt aber ist, daß in Rußland zwei große Parteien den Krieg durchaus ins Werk setzen wollen: die Panlawisten und die große Partei der Unzufriednen, mag man sie als offene oder geheime Nihilisten bezeichnen; beide Parteien verfolgen im Innern ver-

schiedne Ziele, deren Verwirklichung sie von einem großen Kriege erhoffen. Beiden würde die Heirat des Battenbergers mit der preussischen Prinzessin einen willkommenen Vorwand zur Agitation und Kriegsbegehr bieten. Dem Kaiser von Rußland wäre eine neue verzweifelte Aufgabe gestellt, zwischen diesen Parteien Stand zu halten und ihre kriegerischen Gelüste zurückzudrängen. Ob ihm dies möglich sein würde, ist sehr fraglich und genauen Kennern der russischen Verhältnisse unwahrscheinlich. Wir Deutschen fürchten den Krieg nicht, aber wir suchen ihn auch nicht, und bisher hat man es dem Kanzler zum Lobe angerechnet, daß er es verstanden hat, den Krieg zu vermeiden. Es ist aber auch sehr zweifelhaft, ob Prinz Alexander seine Rolle schon ausgespielt hat; in der bulgarischen Armee hat er noch einen großen Anhang, in der Nation eine bedeutende Partei. Jeder Krieg kann ihn wieder einmal an die Spitze des Landes rufen, und dann wäre das Interesse des königlichen Hauses in Preußen plötzlich mit den Geschicken der bulgarischen Nation verflochten. Denn in Preußen regiert der König, die auswärtige Politik des Reiches wird vom deutschen Kaiser gemacht, und so groß ist die Machtfülle des Herrschers, daß die fortlaufende Leitung der Politik von ihr unmittelbar beeinflusst wird. Bis jetzt besitzt die königliche Familie kein depossedirtes Mitglied, die geplante Heirat würde ihr ein solches zuführen und ihr Prestige nicht gerade erhöhen. Für Oesterreich war es eine Demütigung seines Ansehens und eine Schwächung, daß das Kaiserhaus ruhig zusehen mußte, wie seine nächsten Angehörigen in Italien verjagt, der eigne Bruder des Herrschers in Mexiko erschossen wurde. Das alles mußte die Habsburgische Dynastie und ihr Reich über sich ergehen lassen, weil die Verhältnisse es wollten; dergleichen Gefahren aber sucht man nicht auf, wenn sie nicht von außen her aufgedrängt werden.

Die freisinnige Partei schlägt diese Gründe in den Wind. Der Prinz Alexander von Battenberg war für sie von jeher ein wertvoller Stein in dem Schachspiel gegen den Kanzler. Schon bei seiner Vertreibung aus Bulgarien war sie geneigt, Deutschland in einen Krieg zu verwickeln; sie scheut auch jetzt vor einem solchen nicht zurück um den Preis, daß der Kanzler beseitigt werde. Sie sucht aber auch noch eine zweite Fliege mit derselben Klappe zu schlagen. Träte der Fall einer Intervention zu Gunsten des Prinzen ein, dann würde dieselbe Partei dagegen Front machen und ihren Willen dem Könige aufdrängen, und dann hätten wir das lange ersehnte parlamentarische Regiment erreicht. Zufadenscheinig ist diese Politik, um nicht erkannt zu werden, und wir sind überzeugt, daß die nächsten Wahlen den Freisinnigen die Antwort nicht ersparen werden dafür, daß sie mit Frivolität die Gefahr eines Krieges heraufbeschworen und ihr möglichstes gethan haben, um den Fürsten Bismarck, dessen große Verdienste um das Reich auch die Freisinnigen nicht werden in den Schatten stellen können, zu beseitigen. Doch das ist ihre Sache: Quem Deus perdere vult, eum dementat.